

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2010



Ein armes Land mit hohen Zinsen

„Also, das verstehe noch einer: Mit Geld, das man den Banken leiht, ist in Griechenland viel Geld zu verdienen. Und das soll ein armes Land sein, das jetzt nach Hilfe von anderen Ländern in der Europäischen Währungsunion ruft?“ Diese Frage stellt die Finanzmisere Griechenlands auf den Kopf. Aber niemand muss sich der Frage schämen. Die griechische Regierung selbst trägt viel dazu bei, Ursache und Folge der Hilfsbedürftigkeit so durcheinanderzurütteln, dass nur noch schwer zu erkennen ist, dass es sich um eine Misere handelt und wer dafür verantwortlich ist.

Ja, es ist wahr: Wer den griechischen Banken Geld anvertrauen mag – die dieses Geld umgehend an die Regierung zur Deckung der Haushaltslücken weiterreichen –, der kann einen hübschen Zinsgewinn einstreichen. Das spricht aber nicht dafür, dass die Ausgaben der griechischen Regierung eine hohe Produktivität hätten, aus der die Staatschulden zu tilgen sind. Im Gegenteil: Die Verschuldung Griechenlands wächst mit jedem Kredit, den das Land am Kapitalmarkt oder durch Regierungsvereinbarungen aufnehmen kann. Das Geheimnis der hohen Zinsen ist nicht der Ertrag der Ausgaben. Es sind die Ausgaben selbst, die den Zins in die Höhe getrieben haben. Der hohe Zins in Griechenland ist nicht das Abbild des realen Reichtums des Landes, sondern der monetären Leichtfertigkeit der Regierung.

Weil der Pleitegeier den Staatshaushalt des Landes in immer engeren Windungen umkreist, müsste die Regierung immer höhere Zinsen zahlen, um überhaupt noch an Kredite zu kommen. Daher nun der Ruf nach „Solidarität in der Europäischen Währungsunion“. Bei Gründung der Europäischen Währungsunion – das heißt: bei der Einführung des „Euro“ als Gemeinschaftswährung – sind aber gerade solche Solidaritätsleistungen ausgeschlossen worden. Daher das Gebot: „No bailout – Hilfe gibt’s nicht.“

Hans D. Barbier

Symbolpolitik I

Der Bundesrat hat Ende März einem Gesetz der Bundesregierung zugestimmt: Wer auf Arbeitslosengeld II (ALG II) angewiesen ist, hat künftig höhere Freigrenzen bei der Anrechnung seiner privat angesparten Altersvorsorge. Das sogenannte „Schonvermögen“ wird von bisher 250 € auf 750 € pro Lebensjahr verdreifacht. Damit wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und FDP umgesetzt.

Die Bundesregierung will mit den erhöhten Freigrenzen die persönlichen Altersvorsorgeanstrengungen von Langzeitarbeitslosen stärken. Dank des Gesetzes könnte ein 55jähriger ALG-II-Empfänger statt bisher 13750 € nun 41250 € aus seiner privaten Renten- bzw. Lebensversicherung behalten, wenn die Auszahlung erst für den gesetzlichen Ruhestand vorgesehen ist.

Offiziell findet der interessierte Bürger weitere Details im „Gesetz zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialversicherungssysteme und zur Einführung eines Sonderprogramms mit Maßnahmen für Milchviehhalter sowie zur Änderung anderer Gesetze“, kurz: Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz oder – noch kürzer – SozVersStabG. Ob das Gesetz vielen Menschen nützen wird? Die Bundesagentur für Arbeit hat im Herbst 2009 festgestellt, dass von 5,5 Millionen Anträgen lediglich

25000 Anträge wegen zu hohen Vermögens abgelehnt wurden; das entspricht einem Anteil von 0,5 Prozent. Großes Gesetz (zumindest dem Namen nach), kleine Gruppe von Nutznießern: Sage niemand, die Politik würde gegen Missstände nichts tun.

www.bundesregierung.de/

Symbolpolitik II

Um in der kommenden Finanzkrise besser gewappnet zu sein, will die Bundesregierung demnächst eine Bankenabgabe einfördern. Im Kabinett stellte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im März die Eckpunkte für ein Gesetz vor, mit dem er pro Jahr bis zu 1,2 Milliarden € bei Banken und Sparkassen einsammeln will. Sie sollen durch die Abgabe auch ihren Beitrag zur Restrukturierung von „systemrelevanten Banken“ leisten. Das Geld soll in einen Fonds fließen, aus dem bei der nächsten Krise eventuell nötige Hilfen bezahlt würden.

1,2 Milliarden € – diese Summe hört sich zunächst enorm an. Andererseits kostet die Bewältigung der aktuellen Finanzkrise die Steuerzahler schon jetzt einiges: In Deutschland haftet der Staat für Risiken und Verluste der Finanzkonzerne in Höhe von bis zu 480 Milliarden €. Allein die Rettung der Hypo Real Estate Holding AG umfasste bisher 87 Milliarden € öffentlicher Beihilfen und Garan-

ten, so eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage (siehe BT-Drs. 17/1056). Bislang hat der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – kurz: SoFFin – Garantien von 147 Milliarden € zugesagt und vier Banken mit Eigenkapitalhilfen von insgesamt 28 Milliarden € unterstützt. Das sind insgesamt 175 Milliarden €. Angesichts dieses Betrages im Vergleich zu den geplanten 1,2 Milliarden € pro Jahr aus der Bankenabgabe darf die nächste Krise nicht vor dem Jahr 2155 stattfinden.

Osternachlese

Im Jahr 2009 wurden nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt sieben Milliarden Eier im Wert von 540,7 Millionen € nach Deutschland eingeführt. Das waren im Vergleich zum Jahr 2008 rund eine Milliarde Eier – oder 16,5 Prozent – mehr. Aus Deutschland ausgeführt wurden vergangenes Jahr 1,6 Milliarden Eier, rund neun Prozent weniger als 2008. Der Wert der Ausfuhren betrug 112,4 Millionen €.

Die starke Zunahme der Importe hängt mit geänderten Bedingungen für die deutschen Geflügelhalter zusammen: Vor dem Hintergrund des Verbots konventioneller Käfighaltung ab 1. Januar 2010 haben deutsche Betriebe im Laufe des Jahres 2009 umgerüstet, dadurch weniger Legehennen gehalten und eine Milliarde weniger Eier produziert. Der Bundesverband Deutsches Ei e.V. hat ermittelt, dass 2009 jedes dritte in Deutschland verzehrte Ei aus dem Ausland stammte.

www.zdg-online.de/presse/daten-fakten/

Zum Geburtstag alles gut?

Vor fünf Jahren wurde die bis dahin getrennte Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, dem neuen Arbeitslosengeld II, zusammengelegt. Seitdem sorgt vor allem „Hartz IV“, wie der Reformschritt umgangssprachlich heißt, für Schlagzeilen.

Peter Hartz, damals der für die Personalpolitik des VW-Konzerns zuständige Manager, legte im Sommer 2002 einen umfassenden Reformkatalog vor, den er mit einer von ihm geleiteten Experten-Kommission im Auftrag der Bundesregierung – einer Koalition aus SPD und Bündnis 90/DieGrünen – ausgearbeitet hatte. Das Ziel der anvisierten Arbeitsmarktreform: Die Zahl der Arbeitslosen, zu diesem Zeitpunkt rund vier Millionen Menschen, sollte dauerhaft gesenkt werden.

Die Vorschläge der Kommission für eine „arbeitsmarktpolitische Radikalkur“ wurden in vier Gesetze gegossen. Die „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ sollten den Regierungsgrundsatz „Fördern und Fordern“ in praktische Politik umsetzen. Nebeneffekt der Arbeitsmarktreform: Spätestens ab 2005 würden die öffentlichen Kassen wegen der gesunkenen Arbeitslosigkeit jährlich rund 20 Milliarden € einsparen können; das zumindest hatte Peter Hartz prognostiziert. Ebenso mutig war sein Versprechen, dank der Reform würde sich die Arbeitslosenzahl innerhalb von drei Jahren halbieren.

Reform in vier Teilen

Hartz I und II traten im Januar 2003 in Kraft. Diese beiden Reformteile regelten Leihar-

beit, private und staatliche Vermittlung von Arbeitslosen sowie Minijobs neu. Hartz III zur Reorganisation der Arbeitsverwaltung – aus der „Bundesanstalt“ wurde die Bundesagentur für Arbeit –, folgte im Januar 2004.

Mit Hartz IV, am 1. Januar 2005 in Kraft getreten, war der gesetzgebende Reformprozess abgeschlossen. Dieser letzte Reformteil brachte die Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) sowie die damit einhergehenden zahlreichen und detaillierten Regelungen: angefangen mit einem 16-seitigen Antrag auf ALG-II-Leistungen über Ein-Euro-Jobs bis hin zu Neudefinitionen derer, die als „arbeitslos“ gelten.

Kernstück Hartz IV

Der letzte Hartz-Baustein war und ist das Kernstück der Arbeitsmarktreformen. Das mit Hartz IV eingeführte ALG II löste die frühere Arbeitslosenhilfe ab, die nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes (Arbeitslosengeld I) zum Tragen kam. Im Januar 2010 erhielten 4,9 Millionen Personen – rund neun Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren – als „erwerbsfähige Hilfebedürftige“ ALG II. Die nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen – das sind Angehörige der ALG-II-Bezieher, überwiegend Kinder unter 15 Jahren – erhal-

ALG-II-Empfänger

in Millionen	
2005	6,76
2006	7,35
2007	7,24
2008	6,91
2009	6,73

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

ten das sogenannte Sozialgeld. In Deutschland lebt jedes sechste Kind unter 15 Jahren in einem Haushalt, der von ALG II lebt.

Werden 1,8 Millionen Bezieher von Sozialgeld eingerechnet, gehören insgesamt 6,7 Millionen Menschen in den „Rechtskreis“ des dafür geschaffenen Sozialgesetzbuches II. Das sind alles in allem gut zehn Prozent der deutschen Bevölkerung unter 65 Jahren. Die regionalen Unterschiede reichen von knapp fünf Prozent der Bevölkerung in Bayern bis zu 21,3 Prozent in Berlin.

Ohne Arbeit, aber nicht arbeitslos

Weil die ehemalige Sozialhilfe sowie die Arbeitslosenhilfe 2005 abgeschafft wurden, stecken viele Menschen im Hartz-IV-System, die per gesetzlicher Definition zwar erwerbsfähig sind, aber dem Arbeitsmarkt dennoch nicht zur Verfügung stehen, zum Beispiel Schüler ab 15 Jahren, oder aufgrund ihres Gesundheitszustands keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.



„Die Hartz-Reformen waren richtig, auch wenn sie teilweise schlampig gemacht und vor allem katastrophal schlecht erklärt worden sind. Wir machen jetzt die notwendigen Korrekturen.“

Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Aktuell sind mehr als die Hälfte der ALG-II-Bezieher keine Arbeitslosen, obwohl sie ohne Arbeit sind. Die Zahl „echter“ Langzeitarbeitsloser, also Menschen, die zwölf Monate oder länger ohne Arbeit sind, betrug zum Jahresende 2009 rund 770 000; das sind nur 16 Prozent der Bezieher von ALG II. Betrachtet man Abgänge aus dem ALG-II-Bezug, so haben 47,1 Prozent dieser Fälle weniger als ein Jahr gedauert. Insgesamt haben bis Ende 2008 rund 12,6 Millionen Menschen zumindest vorübergehend Leistungen gemäß Hartz IV bezogen.

Der Blick auf die diversen Personengruppen zeigt, dass Hartz IV unterschiedlichste Lebenslagen er- und umfassen will: Neben langjährig Beschäftigten, die einer Firmenpleite zum Opfer gefallen sind und deren Anspruch auf Arbeitslosengeld I erloschen ist, gibt es Alleinerziehende, die keine Möglichkeit zur Kinderbetreuung finden, Hochschulabsolventen, kinderreiche Familien, insolvent gewordene Selbständige, Suchtkranke. Es ist erkennbar schwierig, für diese heterogene Gruppe eine einheitliche Arbeitsmarktpolitik zu machen oder Hilfen anzubieten, die den individuellen Ansprüchen und Fähigkeiten gerecht werden.

Kleine Schritte statt großer Wurf

Ohne Frage hat die Arbeitsmarktreform, die so eng mit dem Namen „Hartz“ verbunden ist, etwas bewegt. Es lassen sich genügend Veröffentlichungen finden, in denen dieser oder jener Teil positiv oder negativ bewertet wird. So

widerspricht eine Zahl dem häufig vorgebrachten Argument, mit Hartz IV sei eine Sackgasse entstanden, die zwangsläufig zur Verarmung führe: Tatsächlich ist es den Jobcentern und Arbeitsagenturen zwischen 2006 und 2009 gelungen, rund zehn Prozent der ALG-II-Empfänger so weit zu aktivieren, dass sie nicht mehr auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Die Anzahl erwerbsfähiger Hilfeempfänger ist von 5,4 Millionen im Jahr 2006 auf 4,9 Millionen zum Jahresbeginn 2010 gesunken; das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer aktuellen Studie ermittelt. Allerdings – auch das zeigt die Untersuchung des IAB, für die 10 000 ALG-II-Empfänger befragt wurden – gelingt der Ausstieg aus Hartz IV immer noch zu selten, und er dauert zu lange. Aus der IAB-Befragung ergibt sich übrigens auch, dass Ein-Euro-Jobber insgesamt zufriedener sind als Menschen, die ausschließlich von ALG II leben müssen.

Betont wird in verschiedenen Studien auch, dass eine Flexibilisierung stattgefunden hat. Arbeitslose sind inzwischen eher bereit, eine Arbeit anzunehmen, die nicht unbedingt ihren Wunschvorstellungen entsprechen. Dabei

dürften die geschaffenen Sanktionierungsmaßnahmen eine große Rolle gespielt haben: Wer mehr als ein Jahr ohne Arbeit ist und damit als Langzeitarbeitsloser staatliche Unterstützung erhält, muss mittlerweile praktisch jede angebotene Arbeit annehmen. Als zumutbar gelten Tätigkeiten, deren Lohn nicht mehr als 30 Prozent unter dem ortsüblichen Niveau liegt. Dies hat auch dazu geführt, dass viele ALG-II-Bezieher in Niedriglohn-Jobs gelandet sind. Sie tauchen dann zwar nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auf. Weil ihr Einkommen aber nicht zum Leben reicht, erhalten sie als „Aufstocker“ weiterhin Leistungen gemäß Hartz IV.

Erfolg oder Misserfolg?

Durch die Hartz-Reformen wurde zumindest im Kleinen einiges bewirkt. Gemessen an den Ansprüchen, die Peter Hartz vor Jahren – ohne Not und ausdrücklich – auf die Zahl der Arbeitslosen und die Kostentlastung der öffentlichen Kassen fokussiert wissen wollte, müssen Erfolgsmeldungen aber eher relativiert werden. Von der versprochenen Absenkung der Zahl arbeitsloser Menschen auf zwei Millionen – zur Erinnerung: laut Hartz innerhalb von drei Jahren – sind wir mit 3,6 Millionen Arbeitslosen im März 2010 weit entfernt. Die bislang niedrigste Anzahl wurde mit 2 988 425 Arbeitslosen im November 2008 gezählt.

Und wie sieht es bei den Kosteneinsparungen aus? Im Bundeshaushalt 2009 waren Ausgaben für Hartz IV in Hö-

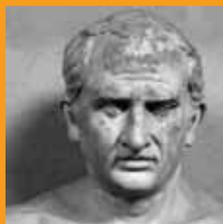
he von 37,8 Milliarden € eingestellt; in diesem Jahr sieht der Bundeshaushalt gut 41 Milliarden € vor. Vom Ansatz für 2010 entfallen allein etwa 26 Milliarden € auf ALG II. Zusätzlich müssen die Kommunen voraussichtlich 12 Milliarden € für Unterkunftskosten bereithalten. Also ist Hartz IV auch bei der Kostentlastung gescheitert.

Zuckerbrot und Peitsche – Fördern und Fordern im offiziellen Politikerjargon –, um möglichst schnell aus der Arbeitslosigkeit in „Lohn und Brot“ zu kommen, mag richtig und zielführend sein. Voraussetzung dafür ist aber, dass Arbeitsplätze in ausreichender Zahl angeboten werden können. Das ist seit langer Zeit nicht der Fall. Die Frage müsste demnach lauten: Was bringt Unternehmen dazu, Arbeitskräfte nachzufragen? Eine Antwort darauf bleiben die Verantwortlichen seit Jahr und Tag schuldig.

Möglicherweise lässt sich die Antwort auch nicht leicht finden, vor allem dann nicht, wenn das Augenmerk nur der Arbeitsmarktpolitik gilt. Weil zum Beispiel ein hoher Anteil nicht qualifizierter Arbeitnehmer zur Hartz-IV-Klientel zählt, überschneiden sich Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Ob fehlende Kinderbetreuung oder zögerliche Existenzgründung, in jedem Fall müsste der Blick über den Tellerrand der Arbeitsmarktpolitik hinaus gerichtet werden. Anstelle vieler Einzelpolitiken wäre eine Politik „aus einem Guss“ vonnöten – früher einmal hieß das Ordnungspolitik.

Andreas Schirmer

Ausgaben des Bundes	
für Hartz IV, in Milliarden €	
2005	35,2
2006	38,7
2007	35,7
2008	34,8
2009	36,0
Quelle: Bundesministerium der Finanzen	



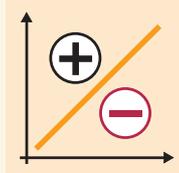
„Das Vermögen soll durch Mittel erworben werden, die von Unsittlichkeit frei sind. Erhalten aber soll man es durch Genauigkeit und Sparsamkeit.“

Marcus Tullius Cicero

IM KLARTEXT

April 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im April 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Im März 2010 wurden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 3,6 Millionen Arbeitslose erfasst; das waren 18.000 Menschen weniger als im März 2009. Angesichts der Wirtschaftskrise ist dieser minimale Rückgang bemerkenswert.

Trotzdem sind die Anzeichen wenig beruhigend: Als Arbeitsuchende waren im März 2010 insgesamt gut sechs Millionen Frauen und Männer registriert, 139 000 mehr als im März 2009. Die von der BA ermittelte „Unter-

beschäftigung ohne Kurzarbeit“ betraf im März 2010 rund 4,7 Millionen Menschen, und damit 143 000 mehr als im März des Vorjahres. Die Politik beschäftigt sich derweil mit dem „notwendigen Ausstiegsszenario aus der Kurzarbeit“, die inzwischen als besonders kostspielig erkannt wird. Außerdem soll nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Grundgesetz für eine Jobcenterreform geändert werden.

Eigenverantwortung

Eine aktuelle Umfrage des Verbandes der Privaten Bausparkassen zum Sparverhalten der Bundesbürger zeigt, dass das wichtigste Sparziel der Deutschen die Altersvorsorge bleibt. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, für den Ruhestand zu sparen. Im Vergleich zur Herbstumfrage 2009 ist dies ein Zuwachs von mehr als sieben Prozent.

An zweiter Stelle der Spar motive stehen Erwerb und Renovierung von Wohneigentum, rund 52 Prozent legen hierfür ihr Geld zurück. Den dritten Platz erreichte das

Geldanlage

in Prozent, Mehrfachnennungen möglich	
Sparbuch	55,2
Bausparen	39,0
Versicherung	38,6
Girokonto	36,5
Investmentfonds	23,9
Immobilien	23,8
Riester-Rente	22,4
Aktien	14,6
Wertpapiere	9,2

Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen

Sparen für späteren Konsum; dieses Sparziel verzeichnet mit rund 50 Prozent einen nahezu zehnpromtigen Rückgang. Bei der eigenverantwortlichen Vorsorge setzen die Bürger zudem auf Sicherheit: Aktien und Wertpapiere liegen am unteren Ende der bevorzugten Geldanlageformen.

Geldwertstabilität

Weniger Einkommen bedeutet weniger Kaufkraft: Die Reallohne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer sind im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent gesunken. Dabei blieben die Bruttomonatsverdienste im Jahr 2009 zwar konstant, die

Verbraucherpreise erhöhten sich aber um 0,4 Prozent. 2008 waren die Reallöhne noch um 0,4 Prozent gestiegen (Bruttomonatsverdienste: +3,0 Prozent; Verbraucherpreise: +2,6 Prozent).

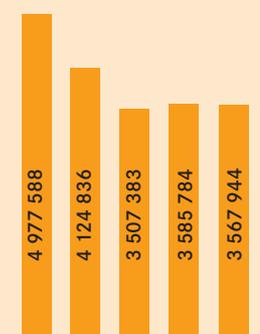
Das Sinken der Bruttoverdienste im Jahr 2009 ist vor allem auf starke Einbrüche bei den häufig konjunkturabhängigen Sonderzahlungen, z.B. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, zurückzuführen. Im Durchschnitt aller erfassten Wirtschaftszweige sanken die Sonderzahlungen im Vergleich zu 2008 um 6,2 Prozent. Besonders hohe Verluste – 20,0 Prozent – mussten Mitarbeiter von Banken und Versicherungen hinnehmen.

Reallohnindex

Veränderung zum Vorjahr, in Prozent	
1. Quartal 2008	+ 0,1
2. Quartal 2008	+ 1,0
3. Quartal 2008	- 0,1
4. Quartal 2008	+ 0,8
1. Quartal 2009	- 0,4
2. Quartal 2009	- 1,2
3. Quartal 2009	+ 0,6
4. Quartal 2009	- 0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitslose



jeweils März

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance/dpa/united archives

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard